

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309 b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Samstag, 3. Dezember 1955

Blatt 2123

## Das dritte Steinerne Hochzeitspaar Wiens

=====

3. Dezember (RK) Das Ehepaar Franz und Emilie Korim feierte heute auf der Landstraße im Kreise ihrer weitverzweigten Familie das Fest der Steinernen Hochzeit. Den Reigen der vielen Gratulanten aus nah und fern, die dem rüstigen Herrn Regierungsrat i.R. und seiner Frau Emmi die Glückwünsche zu ihrem seltenen Ehejubiläum überbrachten, eröffnete Vizebürgermeister Honay mit dem Landstraßer Bezirksvorsteher Pfeifer. Vizebürgermeister Honay überreichte dem Jubelpaar mit dem persönlichen Glückwunschsreiben des Bürgermeisters das Ehrengeschenk und ein Diplom der Stadtverwaltung und der "steinernen" Braut einen großen Blumenstrauß aus roten und weißen Tulpen. Er beglückwünschte das Brautpaar zum seltenen Jubiläum von 67 1/2 Ehejahren, die, wie der Lebenslauf der beiden beweist, stets in bester Harmonie erlebt wurden. Der nun 89jährige "steinerne" Bräutigam blickt auf ein arbeitsreiches und erfolgreiches Leben zurück. Er hat es vom einfachen Olmützer Tischlergesellen bis zum Regierungsrat eines österreichischen Ministeriums gebracht. Vizebürgermeister Honay wünschte den Eheleuten vom Fasanviertel, die nun das jüngste von den drei Steinernen Brautpaaren Wiens sind, noch viele Jahre glücklichen Beisammenseins. Er gab dem Wunsche Ausdruck, sie mögen in Gesundheit auch das 70. Ehejahr vollenden und überschreiten.

- - -

Vbgn. Weinberger empfängt Delegierte der Tagung Katholischer  
 =====  
 Sportverbände  
 =====

3. Dezember (RK) In Wien wird gegenwärtig eine internationale Tagung der Katholischen Sportverbände abgehalten. Die Delegierten des Kongresses besuchten heute vormittag das Rathaus, wo sie im Roten Salon von Vizebürgermeister Weinberger empfangen wurden. Der Vizebürgermeister wünschte in seiner Begrüßungsansprache den Beratungen den besten Erfolg. Besonders begrüßte er die Delegierten aus dem Ausland. Sie werden hoffentlich Zeit finden, neben der fachlichen Arbeit auch Wien und seine Menschen kennenzulernen. Die Wiener sind stolz auf den Aufbau unserer Stadt, der dank einer vernünftigen Zusammenarbeit im Rathaus möglich war.

- - -

Dichterlesungen in den Städtischen Büchereien  
 =====

3. Dezember (RK) In den nächsten Tagen veranstalten die Städtischen Büchereien folgende Dichterlesungen:

In der Städtischen Bücherei, 20, Leystraße 53, findet Dienstag, den 6. Dezember, um 19.30 Uhr, ein Lyrik-Abend statt, bei welchem Christine Busta und Gerhard Fritsch aus ihren Werken lesen. Die Veranstaltung wird von einem Streichquartett musikalisch umrahmt, das aus Schülern des Konservatoriums der Stadt Wien besteht.

In der Städtischen Bücherei, 11, Zippererstraße 17-23 liest Mittwoch, den 7. Dezember, um 16 Uhr, der Träger des Jugendbuchpreises der Stadt Wien 1954, Karl Bruckner für Kinder von 10 Jahren aufwärts aus seinen Werken.

In der Städtischen Bücherei, 17, Elterleinplatz 14, liest Mittwoch, den 7. Dezember, ebenfalls um 16 Uhr, für Kinder von 10 Jahren aufwärts die Jugendschriftstellerin Mira Lobe aus ihren Werken.

Zu allen diesen Veranstaltungen sind die Leser der Städtischen Büchereien sowie Gäste herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei.

- - -

Der Voranschlag der Stadt Wien für 1956  
=====

3. Dezember (RK) Der amtsführende Stadtrat für das Finanzwesen Resch gab heute der "Rathaus-Korrespondenz" eine Darstellung des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1956. Er schilderte vorerst die Situation, die sich durch den Wegfall der Randgemeinden ergeben hat. Die Gemeinde Wien hat in großzügigster Weise unentgeltlich alle Vermögenswerte abgetreten, die sich am 1. September des Jahres 1954 auf den nun abgetretenen Gebieten befanden. Wien hat bekanntlich 150.000 Einwohner verloren, das sind 8.5 Prozent der früheren Bevölkerungszahl. Demnach mußte auch mit einem entsprechenden Einnahmeverlust gerechnet werden. Dieser Einnahmeverlust ist selbstverständlich vorhanden, er konnte aber durch die Konjunktur aufgeholt werden. Die Steuerkraft von Alt-Wien ist gestiegen und für das nunmehr verkleinerte Wien werden für das kommende Jahr etwa die gleichen Einnahmen angenommen wie 1954 für Groß-Wien. Die Steuereinnahmen aus den Randgemeinden waren im Durchschnitt auch wesentlich geringer als in den übrigen Teilen der Stadt. Dies zeigt sich auch darin, daß viele der neuen Gemeinden nun ihre Ausgabenansätze erhöhen und die Aufwendungen für Spitäler usw. einschränken mußten. Der Wunsch dieser Gemeinden nach Rückkehr zu Wien ist daher verständlich.

Stadtrat Resch gab sodann einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1955, in welchem sich der Konjunkturaufschwung fortsetzte, wenn er sich auch in den letzten Monaten verlangsamt hat. Sowohl die Gütermenge aus der industriellen Produktion, als auch die Produktivitätsleistungen der Arbeiterschaft sind gestiegen. Man schätzt die Erhöhung des Sozialproduktes in der gesamten Republik in diesem Jahr auf 15 bis 20 Milliarden Schilling, wovon der Anteil der Arbeiterschaft allerdings gering ist. Die Forderung nach einem zusätzlichen Wochenlohn ist daher begreiflich. Dieser macht nämlich weniger als 800 Millionen Schilling aus. Es besteht kein Zweifel, daß die Unternehmer dies aus ihrem Anteil am erhöhten Sozialprodukt leicht zu decken vermögen. Der Widerstand gegen diese Forderung der Arbeiterschaft hat nun politische Ursachen, denn er ist wirtschaftlich nicht zu begründen

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist günstig, man kann noch von einer Vollbeschäftigung sprechen. Wenn es auch seit September in den anderen Bundesländern wieder mehr Arbeitslose gibt, so ist dies in Wien erfreulicherweise anders. In der Bundeshauptstadt gibt es auch zu Ende des Jahres noch **Rekord-Beschäftigtenzahlen**, was nicht zuletzt auf die Arbeitsbeschaffung durch die Gemeinde Wien zurückzuführen ist. Wenn die Überkonjunktur nachläßt, so steigen nur noch jene Einnahmen, die erst vorgeschrieben werden, z.B. Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer. Die Umsatzsteuer und Lohnabzugssteuer dagegen passen sich sofort der Konjunktur an. Dies muß bei der Einnahmenschätzung berücksichtigt werden. Im Voranschlag wurden die eigenen Abgaben der Stadtverwaltung nach den letzten Erfahrungen streng berechnet, während bei den Bundessteuern die Zahlen des Bundes übernommen und eingesetzt wurden.

In dem Augenblick, da sich ein Konjunkturrückgang bemerkbar macht, muß auch schon der Arbeitsmarkt genau beobachtet werden. Es ist Aufgabe der öffentlichen Wirtschaft, dann Arbeit zu schaffen, wenn die private Wirtschaft diese Notwendigkeit nicht mehr erfüllt. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ist daher wichtiger als bisher. Es dient nicht nur dazu, um die Stadt aufzubauen und schöner zu gestalten, sondern um vor allem Arbeit und damit Verdienst zu schaffen. Dazu gehört Geld und immer wieder Geld. Darum sind auch Steuerermäßigungen derzeit nicht am Platz. Die Steuerreformen des Bundes treffen nämlich die Gemeinde mehr als den Bund selbst. Im Interesse der Vollbeschäftigung darf die Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht geschmälert werden. Ist eine Steuerermäßigung nicht angebracht, so sollen aber andererseits keine Steuern erhöht oder neue Steuern eingeführt werden.

Der Voranschlag für 1956 ist noch belastet durch verschiedene im Bau befindliche Großprojekte wie Stadthalle, Großwasserspeicher, Museum usw. Neue Belastungen entstehen auch durch das ASVG und den Familienlastenausgleich. Diese zusätzlichen Belastungen betragen zusammen 190 Millionen Schilling. Für das neue Gehaltsgesetz ist im Voranschlag noch nichts vorgesehen, da auch der Bund in seinem Budget dafür keine Beträge eingesetzt hat.

Einnahmen: 3.466 Millionen - Ausgaben: 3.596 Millionen

Das Budget sieht im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt Einnahmen von 3.466 Millionen Schilling und Ausgaben von 3.596 Millionen Schilling vor. Die Einnahmen steigen um 387 Millionen, die Ausgaben hingegen um 227 Millionen, sodaß sich ein Abgang von 129.6 Millionen Schilling ergibt, das sind 3.6 Prozent des Budgetvolumens und um 160 Millionen Schilling weniger als heuer. Man kann daher von einem ausgeglichenen Budget sprechen.

Von den Gesamtausgaben von 3.596 Millionen Schilling entfallen auf den Personalaufwand 1.183 Millionen, das sind um 89 Millionen mehr als im Vorjahr, auf den laufenden Sachaufwand 1.516 Millionen, das sind um 187 Millionen mehr, und auf Investitionen 896 Millionen, das sind um 49 Millionen weniger als heuer. Obwohl eine Personalverminderung um 400 Bedienstete erreicht werden konnte, steigt wegen der Zwischenregelung und Automatik der Personalaufwand. Der Personalstand bei der Hochsitzverwaltung wird im nächsten Jahr 32.735 aktive Bedienstete und 14.320 Pensionisten betragen.

In der Finanzgruppe werden die Ausgaben 356 Millionen Schilling betragen. Das sind um 27 Millionen weniger als im Vorjahr. Die Ursache liegt darin, daß für Wohnbaudarlehen ~~anstatt~~ 100 Millionen Schilling nur mehr 60 Millionen eingesetzt werden konnten, weil der Bund nicht mehr Zuschuß gibt. Aus diesen Wohnbaudarlehen können etwa 2.000 Wohnungen gebaut werden. Für Zwecke der Wohnbauförderung erhält Wien so wie heuer auch im kommenden Jahr vom Bund einen Betrag von 70 Millionen Schilling, der durch einen 50prozentigen Zuschlag der Gemeinde auf 105 Millionen Schilling erhöht wird. Mit den Eigenmitteln ist durch die Wohnbauförderung der Bau von 1.000 Wohnungen gesichert. Aus Förderungsmitteln können daher zusammen etwa 3.000 Wohnungen gebaut werden.

219 Millionen Schilling für Kultur

Für die Geschäftsgruppe Kultur und Schulverwaltung werden 219 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, das sind um 19 Millionen mehr als im Vorjahr. Davon entfallen auf kulturelle Angelegenheiten 102 Millionen. Die Fremdenverkehrsförderung erhält 3,5 Millionen, davon 3 Millionen aus der Ortstaxe. Für die Förderung von Wissenschaft und Kunst sind 15,3 Millionen, darunter erstmalig 2,3 Millionen aus rückvergüteter Vergnügungssteuer vorgesehen. Die Musiklehranstalten kosten 6,9 Millionen, die Modeschule 1,6 Millionen und die Städtischen Büchereien 6,5 Millionen Schilling. Alle diese Förderungsmaßnahmen der Gemeinde Wien hat es vor 1938 nicht gegeben.

Für die auf das Kulturamt der Stadt Wien entfallenden Bauten sind 40 Millionen für die Stadthalle, 8 Millionen für das Museum, 4 Millionen für das Stadion, 1 Million als erste Bau-rate für ein neues Jugendgästehaus, 0,5 Millionen für drei Campingplätze und 2 Millionen für Jugendspielplätze vorgesehen. Für die bauliche Erhaltung und Modernisierung der städtischen Schulen werden 27 Millionen Schilling aufgewendet, das sind um 14 Millionen mehr als im Vorjahr. Es sollen noch mehr alte Schulen als bisher adaptiert werden. Für die Fortsetzung von fünf Schulneubauten sind 7 Millionen, als erste Baurate für einen Schulneubau in Hadersdorf-Weidlingau 1 Million, für die Behebung von Kriegsschäden an Schulen 1 Million und für Bücher und Lehrmittel 4,5 Millionen Schilling vorgesehen. Die Einrichtung der Wiener städtischen Schulen ist in großzügigster Weise modernisiert worden. Nun wird die Stadtverwaltung daran gehen, auch das Äußere der Schulgebäude und ihre hygienischen Einrichtungen modern auszugestalten.

Das Wohlfahrtswesen wird 514 Millionen erfordern, das sind um 122 Millionen mehr als heuer. 50 Millionen des Mehraufwandes resultieren aus dem ASVG, 31 Millionen aus dem Familienlastenausgleich. Um 20 Millionen sind die Fürsorgeverbandskosten gestiegen, um 7 Millionen die Unfallversicherungsabgeltungsbeträge. Der Aufwand für Kindergärten und Horte beträgt 59 Millionen, das sind um 4 Millionen mehr als heuer. Der Bau von 12 begonnenen

städtischen Kindergärten wird fortgesetzt oder beendet. Zwei Kindergärten und zwei Tageserholungsstätten werden neu begonnen.

Beim Gesundheitswesen fällt vor allem die ungeheure Last der Wiener Spitäler ins Gewicht. Die Gemeinde Wien hat im nächsten Jahr nicht weniger als 25.278 Betten für Kranke, Altersheimpfleglinge, Lehrlinge und Pflegekinder zu erhalten. Das kostet zusammen 694 Millionen, das sind um 38 Millionen mehr als im Vorjahr. Die Gemeinde Wien muß dafür einen Zuschuß aus Steuermitteln in der Höhe von 407 Millionen Schilling leisten. Nur 41.4 Prozent der Gesamtausgaben für die Wiener Krankenanstalten und Heime werden durch Einnahmen gedeckt. Der Gemeindegzuschuß macht daher nicht weniger als 58.6 Prozent aus. Im nächsten Jahr wird jeder Spitalspatient etwa 110 Schilling kosten. Die Entschädigung durch die Krankenkassen beträgt aber nur 50 Schilling, die Leistungen der Privatpatienten 58 Schilling. Die Erhöhung des Aufwandes ist auch in einer Steigerung der Bettenzahl um 210 begründet. 400 Betten werden halbjährig als Reservespital für Epidemien und Spitzenbedarf gehalten, davon 300 in Baumgarten und 100 im Rochusspital.

#### 1.177 Millionen für das Baugewerbe

Für das Bauwesen sind 733 Millionen Schilling vorgesehen, das sind um 13 Millionen Schilling weniger als heuer. Die Ursache für diesen etwas geringeren Ansatz liegt darin, daß bei Großbauten die Grenze der Baukapazität bereits überschritten ist und schon einige Bauten im Rückstand blieben. Dagegen klagen kleinere Unternehmer, daß sie mangels Maschinen und Baumaterial Großbauten nicht übernehmen können. Diese Firmen beschäftigen meist ältere Arbeiter. Die Gemeinde Wien hat daher ihr Bauprogramm umgestellt. Der Wohnbauansatz wurde um 50 Millionen gekürzt und um diesen Betrag der Ansatz für laufende bauliche Erhaltungsarbeiten erhöht. Die Stadtverwaltung erwartet dadurch eine bessere Ausnützung der Bauwirtschaft in Wien.

Die Gesamtausgaben für das Bau- und Baunebengewerbe werden im nächsten Jahr nicht weniger als 1.177 Millionen betragen, das sind 32.7 Prozent des gesamten Voranschlages. 440 Millionen entfallen auf den sozialen Wohnhausbau, das bedeutet 5.000 neue

Gemeindewohnungen, 60 Millionen Schilling auf Wohnbaudarlehen an Genossenschaften, 105 Millionen auf Zuschüsse für Wohnbauförderung, 302 Millionen auf sonstige bauliche Vorhaben, 201 Millionen auf laufende Erhaltungsarbeiten und 69 Millionen auf die Behebung von baulichen Kriegsschäden.

Für den Straßenbau sind 93 Millionen, das sind um 17 Millionen mehr, für Brücken- und Wasserbau 46 Millionen, das sind um 3 Millionen mehr, für Gärten 46 Millionen, das sind um 4 Millionen mehr, für öffentliche Beleuchtung 18 Millionen, das sind um 3 Millionen mehr, für Friedhöfe 31 Millionen, das sind um 3 Millionen mehr und für die städtischen Forste 6 Millionen, das sind um 1,3 Millionen Schilling mehr, vorgesehen.

Die Geschäftsgruppe Öffentliche Einrichtungen benötigt 372 Millionen Schilling, das sind um 40 Millionen mehr als heuer. Davon entfallen auf die Kanalisation 43 Millionen, das sind um 5 Millionen mehr. 17 Millionen Schilling sind für Kanalneubauten vorgesehen, unter diesen ist auch der Leopoldauer Sammelkanal. Für die Wasserwerke sind 123 Millionen eingesetzt, das sind um 17 Millionen mehr. Davon entfallen auf den Wasserspeicher 20 Millionen und auf Neu- und Umbauten im Rohrnetz 15 Millionen. Die Ausgaben für die Bäder werden mit 37 Millionen angenommen, davon entfallen 2 Millionen auf die erste Bauphase für das neue Sommerbad auf dem Laaer Berg. Die Kosten der Wäschereien betragen 14 Millionen. Für die Reinigung der Stadt und für den Fuhrpark sind 154 Millionen Schilling eingesetzt, das sind um 15 Millionen mehr als heuer, davon entfallen auf die Erneuerung des Fuhrparks 7 Millionen, auf Investitionen für Reinigungsmaschinen ebenfalls 7 Millionen.

Die Wohnhäuserverwaltung rechnet mit Ausgaben von 149 Millionen und Einnahmen von 104 Millionen, sodaß der Abgang 45 Millionen beträgt. Der reine Betriebsabgang ohne Wertabschreibungen und Investitionen beträgt 11 Millionen Schilling. Er ist damit um 4,5 Millionen höher als heuer. Die Ursache liegt in der Steigerung der Erhaltungskosten. Für die Behebung von Kriegsschäden sind 55 Millionen im Budget, davon 30 Millionen aus Fondskrediten und 25 Millionen für die Vorfinanzierung von Totalschäden.

Die Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten hat einen Gesamtaufwand von 85 Millionen Schilling, das sind um 7 Millionen mehr als heuer. Davon werden 27 Millionen für Märkte und 16 Millionen für Schlachthöfe ausgegeben.

Die Geschäftsgruppe Allgemeine Verwaltung benötigt einen Gesamtaufwand von 145 Millionen Schilling, das sind um 29 Millionen mehr als heuer. Dazu kommen noch 1,6 Millionen für die Behebung von Kriegsschäden bei der Feuerwehr. 50 Millionen sind für den Ankauf von Grundstücken für die Durchführung des städtischen Wohnbauprogramms vorgesehen. 59 Millionen, das sind um 8 Millionen mehr als heuer, braucht die Feuerwehr. Es werden größere Inventarschaffungen gemacht. Eine neue Nachrichtenanlage wird gebaut und der Aufbau der Feuerwache Döbling wird begonnen. In den Ausgaben dieser Geschäftsgruppe sind auch 32 Millionen Schilling als Beitrag der Wiener Stadtverwaltung für die Bundespolizei enthalten.

#### Die Städtischen Unternehmungen

Im E-Werk wird der Stromverkauf für das nächste Jahr mit 1.208 Millionen Kilowattstunden angenommen. Das bedeutet eine Steigerung von 14 Prozent gegenüber dem heurigen Jahr. Der Stromerlös wird aber wegen des Wegfalles, bzw. der Ermäßigung der Grundgebühr nur um 3 Millionen Schilling höher sein als heuer und somit 711 Millionen betragen. Das heißt, daß die Regulierung der Grundgebühren so stark ins Gewicht fällt, daß sie den 14prozentigen Mehrverkauf wegfrisst. Stadtrat Resch stellte in diesem Zusammenhang fest, daß der Haushaltsstrom im nächsten Jahr bei Berücksichtigung der Valorisierung nur ein Zehntel des Preises des Jahres 1937 beträgt. Die Gemeinde Wien hat damit ihre Tarife den verringerten Gehstehungskosten voll und ganz angepaßt. Der Erfolgsplan des E-Werkes schließt mit einem Abgang von 10 Millionen und weist Investitionsvorhaben von 226 Millionen aus.

Im Gaswerk steigt die Gasabgabe von 400 Millionen Kubikmeter auf 454 Millionen Kubikmeter. Der Erfolgsplan schließt mit einem Gebarungsabgang von 12,3 Millionen Schilling, während er heuer 3,2 Millionen betragen hat. Der Erlös aus dem Gasverkauf wird von 331 auf 356 Millionen steigen. Durch den Wegfall der Grundgebühr verliert das Gaswerk 14 Millionen. Beim Koksverkauf werden anstatt

269 Millionen nur mehr 247 Millionen eingenommen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß durch den Mehreinsatz von Erdgas um 26.000 Tonnen weniger Koks erzeugt werden und daß außerdem der Kokspreis um 12 Schilling je Tonne gesenkt wurde. Gegenwärtig wird dem Stadtgas so viel Erdgas beigemischt, wie technisch überhaupt möglich ist. Der Erdgasverbrauch steigt dadurch um 36 Millionen Kubikmeter, während die Menge der im Gaswerk verarbeiteten Kohle um 47.000 Tonnen zurückgeht. Die Investitionsvorhaben beim Gaswerk machen 93,8 Millionen Schilling aus, wovon 29 Millionen Schilling auf Rohrauswechslungen und Neulegungen und 10 Millionen Schilling auf eine neue Sauerstoffgewinnungsanlage entfallen.

Bei den Verkehrsbetrieben wird im nächsten Jahr mit 490 Millionen Fahrgästen gerechnet. Das bedeutet eine Verminderung um 5 Prozent. Die Durchschnittseinnahmen pro Fahrgast betragen 1,30 S; das sind nur 68 Prozent von den 1,90 S eines Tagesfahr Scheines. Die von den Verkehrsbetrieben gewährten Begünstigungen für Wochenkarten, Schülerkarten etc. betragen nicht weniger als 32 Prozent der Gesamteinnahmen. Die Einnahmen für das nächste Jahr werden mit 778 Millionen Schilling angenommen, das sind um 198 Millionen mehr als heuer. Die Ausgaben werden jedoch 808 Millionen ausmachen. Das Defizit der Wiener Verkehrsbetriebe für das nächste Jahr wird 29,8 Millionen Schilling betragen und damit um 24 Millionen höher sein als heuer. Die Ursachen für die Defiziterhöhung sind Mehrausgaben für erhöhte Abschreibungen und Pensionsrücklagen von 39 Millionen, für Personalaufwand von 30 Millionen und für erhöhten Sachaufwand von 17 Millionen. Die Mehrausgaben betragen somit 86 Millionen Schilling. Jeder kann sich daher ein Bild machen, wie heute die Lage der Verkehrsbetriebe ohne Tarifregelung aussehen würde. Die diesem Voranschlag zugrunde liegenden Ziffern sind der beste Beweis dafür, wie notwendig die Tarifregulierung war. An Investitionen sind bei den Verkehrsbetrieben 204 Millionen Schilling vorgesehen, davon 128 Millionen für neue Wagen.

Stadtrat Resch verweist im Zusammenhang mit dem Voranschlag für die Wiener Verkehrsbetriebe auch auf die eben beendete Verkehrsenquete, die endlich Klarheit über das Schicksal der Straßenbahn gebracht hat. Die Empfehlungen der Fachkommissionen sagen deutlich, daß ein genereller Ersatz der Straßenbahn durch Autobus oder Obus

bei der Größe und Struktur der Stadt Wien in absehbarer Zeit nicht in Frage kommen kann, ferner daß bei den heutigen Gegebenheiten des Verkehrs und den Absichten, großräumige Straßenbahnwagen zu beschaffen, der Bau einer U-Bahn noch nicht zwingend notwendig ist. Es wird vielmehr die beabsichtigte Verlängerung der Gürtellinie der Stadtbahn nach Meidling-Südbahnhof empfohlen, weil diese Verlängerung dem Verkehrsbedürfnis aus den volkreichen westlichen Bezirken nach den südlichen Gebieten entspricht. Es kann also nunmehr an die Modernisierung der Wiener öffentlichen Verkehrsmittel gegangen werden. Sie wird in der Beschaffung moderner Großraumzüge für die Straßenbahn und von Großraumautobussen bestehen. Auch die Anfertigung eines Probezuges mit vierachsigen Wagen, dessen Kosten auf 12 Millionen geschätzt werden, ist vorgesehen. Für die Modernisierung werden auch Kredite beschafft werden, wenn sie preiswert zu haben sind. Auch die Tarifreformvorschläge der Verkehrsenquete werden einem genauen Studium unterzogen.

Die Städtische Bestattung schließt mit einem Gebarungüberschuß von 304.000 Schilling und wird 2,7 Millionen Schilling investieren. Das Brauhaus der Stadt Wien rechnet mit einem Absatz von 140.000 Hektolitern. Der Erfolgsplan schließt mit einem Überschuß von 271.000 Schilling und sieht Investitionen von 2,7 Millionen vor. Die Modernisierung des Brauhauses der Stadt Wien ist abgeschlossen. Die Gewista weist einen Gebarungüberschuß von 261.300 Schilling aus und will 454.000 Schilling investieren.

## Voranschlag der Städtischen Unternehmungen 1956

=====

3. Dezember (RK) Über die Wirtschaftspläne 1956 für die Städtischen Unternehmungen teilte Stadtrat Dkfm. Nathschläger der "Rathaus-Korrespondenz" folgendes mit:

Noch immer im Zeichen der Hochkonjunktur stehend, ist bei den Voranschlägen der Städtischen Unternehmungen überwiegend eine durchaus optimistische Prognose festzustellen. So wird bei den Elektrizitäts- und Gaswerken auch im Jahre 1956 mit einer Steigerung des Konsums gerechnet, der bei den Elektrizitätswerken um fast 14 Prozent oder um rund 146 Millionen Kilowattstunden höher sein wird als für 1955 angenommen, während die Gaswerke mit einer gleichhohen prozentuellen Steigerung von rund 55 Millionen Kubikmeter kalkulieren. Der Stromkonsum wird im Jahre 1956 etwa 1208 Millionen Kilowattstunden betragen, während der Gasverkauf ungefähr 455 Millionen Kubikmeter erreichen wird.

Bei den Verkehrsbetrieben wird hingegen als Auswirkung der Tariferhöhung mit einem Rückgang in der Anzahl der beförderten Personen gerechnet, wobei für Straßenbahn und Stadtbahn mit 490 Millionen gegenüber 508 Millionen, beim Kraftverkehr mit 33 Millionen gegenüber 37,6 Millionen und beim Obusbetrieb mit 2,4 Millionen gegenüber 2,6 Millionen in den Voranschlag gegangen wurde. Insgesamt nehmen demnach die Verkehrsbetriebe einen Frequenzabfall von ungefähr 23 Millionen Fahrgästen an.

Die sechs städtischen Unternehmungen, die E-Werke, Gaswerke, Verkehrsbetriebe, Bestattung, das Brauhaus und die Gewista, präliminieren für das kommende Jahr an Erträgen 2.449 Millionen und an Aufwendungen 2.501 Millionen, sodaß sich ein Abgang von rund 52 Millionen Schilling ergibt. Die Erträge erreichen damit 70,7 Prozent der Einnahmen und die Aufwendungen 69,6 Prozent der Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Budgets aller übrigen Verwaltungsgruppen des Magistrats.

Unter Einschluß der Jugendlichen werden in den bezüglichen Ansätzen dieser sechs Unternehmungen insgesamt 20.927 aktive Bedienstete berücksichtigt, während die Anzahl der Pensionisten die Zahl von 18.774 erreichen wird. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich

eine Vermehrung der aktiven Bediensteten um 14 und eine Verminderung der Anzahl der Pensionsparteien um 187. Die Anzahl der Pensionsparteien der Wiener Verkehrsbetriebe ist um 87 höher als die der aktiven Bediensteten. Die nach dem Jugendeinstellungsgesetz aufgenommenen Jugendlichen erreichen bereits die Zahl von 345 männlichen und weiblichen Beschäftigten.

#### 453 Millionen Investitionen

Interessant und von besonderer Bedeutung nicht nur für das Wirtschaftsleben Wiens, sondern für ganz Österreich sind wieder die geplanten Investitionen, die 1956 eine Höhe von rund 453 Millionen Schilling gegenüber rund 390 Millionen, die für 1955 angenommen wurden, erreichen werden. Es konnten somit um 63 Millionen Schilling mehr an Investitionen berücksichtigt werden als im vorhergegangenen Jahresvoranschlag.

Bemerkenswert ist auch, daß das genannte Investitionsvolumen nicht mehr wie in den Vorjahren zur Gänze aus den laufenden Einnahmen bestritten wird, sondern mit einem Teilbetrag von 55 Millionen Schilling aus einem Kredit der Finanzverwaltung gedeckt wird.

Abgesehen von einer Beteiligung an den Draukraftwerken von rund 20 Millionen Schilling (wie im Vorjahr) investieren die Wiener Elektrizitätswerke einen Betrag von 166 Millionen Schilling gegen 161 Millionen Schilling pro 1955, demnach um 5 Millionen Schilling mehr. Die Gaswerke präliminieren ihre Anschaffungen mit 80 Millionen Schilling gegen 71 Millionen Schilling, das sind also um 9 Millionen Schilling mehr. Die Verkehrsbetriebe erreichen mit 180 Millionen gegen 133 Millionen, das sind um 47 Millionen Schilling mehr, das bisherige Höchstausmaß nach dem Krieg, während die kleineren Unternehmungen (Bestattung, Brauhaus und Gewista) durchwegs in ihren Ansätzen sich etwas höher bewegen als pro 1955.

Bei den Investitionen des E-Werkes werden bei den Umspann- und Unterwerken (ohne Bahnversorgung) um 4,1 Millionen Schilling weniger, dagegen bei den Unterwerken für den Straßenbahn- und Stadtbahnbetrieb um 16,6 Millionen bei den Leitungsnetzen (ohne Bahnversorgung) um 3,3 Millionen und bei den Leitungsnetzen für

die Bahnversorgung 9,4 Millionen Schilling mehr aufgewendet werden als im Jahre 1955. Im einzelnen werden für die Fortsetzung des Baues der Umspannwerke in der Kaunitz- und Neubadgasse 16,2 und 18,5 Millionen Schilling, für die Bahnunterwerke für die Linien 46 und 49 9,6 Millionen, für den Ausbau der Kabelnetze und Hausanschlüsse 22,5 Millionen (Vorjahr 17 Millionen), für Netzumspanneranlagen und Ortsnetze 19,7 Millionen (Vorjahr 17,1 Millionen), für Umschaltungen 8,2 Millionen (Vorjahr 4,7 Millionen), für das Gleichstrombahnnetz 13,1 Millionen (Vorjahr 3,7 Millionen) und für den Kundendienst (Zähler, **Messeinrichtungen** etc.) 12,9 Millionen (Vorjahr 9,3 Millionen) eingesetzt. Beachtenswert ist besonders der starke Anteil der Aufwendungen für die Bahnversorgung, der mit der Umstellung einzelner Linien auf den Großwagenbetrieb zusammenhängt.

Die Gaswerke verwenden 5,6 Millionen für weitere Methanspaltanlagen in Simmering und Leopoldau, je 2 Millionen Schilling für eine Sauerstoffgewinnungsanlage die dazu dient, den Erdgaseinsatz über das bisherige Ausmaß zu steigern sowie eine Gastrockungsanlage. Für eine neue Dampfkesselanlage wurden 4 Millionen Schilling, für neue Rohrleitungen in Wohnhausbauten 4 Millionen Schilling (Vorjahr 4,2 Millionen), für Rohrleitungen in Siedlungen und Randgebieten (darunter auch Klosterneuburg) 8 Millionen Schilling (Vorjahr 13 Millionen), für Rohrauswechslungen 9 Millionen (Vorjahr 4,4 Millionen) und für neue Gasmesser 13,2 Millionen (Vorjahr 16,5 Millionen) eingesetzt.

#### 101 neue Großraumwagen

Die Verkehrsbetriebe investieren für die Straßenbahnen um 28,8 Millionen, für die Stadtbahn um 19,7 Millionen mehr als für 1955, hingegen für den Autobusbetrieb um 1,5 Millionen Schilling weniger. Für Gleisanlagen wird ungefähr der gleiche Betrag aufgewendet werden wie 1955, das sind 30,3 Millionen Schilling. Für den Fahrpark der Straßenbahn werden um 28,3 Millionen, für den der Stadtbahn um 16,8 Millionen Schilling mehr, für den Autobusbetrieb um 2 Millionen Schilling weniger als im heurigen Jahr aufgewendet. Im kommenden Jahr werden 33 Großraumzüge für die Linien 46 und 49 zu erwarten sein, weiter 35 Großraumbeiwagen, wie sie derzeit auf

der Linie 0 eingesetzt sind, ferner 25 auf den Großraumbetrieb umgebaute Triebwagen und schließlich sollen 65 Trieb- und Beiwagen der Stadtbahn (13 Fünfwagenzüge) in der bekannten modernen Form umgebaut werden. Außerdem ist die Anschaffung von 10 Großraumautobussen geplant. Wenn auch im Augenblick die Bedeckung für dieses Wagenbauprogramm noch nicht zur Gänze gegeben ist, so steht doch zu erwarten, daß die hierfür erforderlichen Mittel restlos aufgebracht werden können.

Auf dem Gebiet des Wagenbaues der Wiener Verkehrsbetriebe ist ferner noch interessant, daß im Jahre 1956 nach vorliegenden ausländischen Mustern (Rom und Hamburg) auch in Wien der Versuch gemacht wird, aus zwei alten Stadtbahnwagen einen neuen Gelenkwagen zu schaffen, der einen Fassungsraum von mehr als 100 Personen haben wird und nach dem Großraumwagenprinzip auf der Straße eingesetzt werden soll. Ferner ist daran gedacht, für die Stadtbahn eine gänzlich neue Zugtype anfertigen zu lassen, die sowohl auf dem jetzigen Stadtbahnnetz als auch später auf einer Untergrundbahn eingesetzt werden kann. Ein Probezug aus 8 Wagen soll im kommenden Jahr bereits bestellt werden.

Für eine Gleisschleife auf der Linzer Straße beim Baumgartner Spitz, für die Fertigstellung der Gleisanlagen am Praterstern, für neue Gleisanlagen in der Heinestraße, Mühlfeldgasse und Nordbahnstraße sowie für die neue Gleisanlage beim Süd- und Ostbahnhof bis zum Südtiroler Platz sind im Investitionsplan der Verkehrsbetriebe rund 11,8 Millionen Schilling eingesetzt. Alles in allem kann somit neuerlich festgestellt werden, daß die städtischen Unternehmen auch im Jahre 1956 mit Anspannung aller Kräfte, das Ihre dazu beitragen werden, um den immer größer werdenden Aufgaben - es sei hier unter anderem auch auf die Auswirkungen der jüngsten Verkehrsenquete hingewiesen - gerecht zu werden.

### Das Haus am Allerheiligenplatz

=====

3. Dezember (RK) Am Haus, Wien 20, Allerheiligenplatz 4, werden wegen unzureichender Fundierung seit längerer Zeit unter Aufsicht eines behördlich autorisierten Zivilingenieurs durch einen befugten Baumeister Unterfangungsarbeiten vorgenommen.

Während dieser Arbeiten trat eine Setzung eines Mauerpfeilers um ungefähr 30 Zentimeter nächst dem Hauseingang ein. Dadurch wurde es notwendig, das Haus von den 42 Wohnparteien vorübergehend zu räumen.

Wie die Stadtbaudirektion mitteilt, sind die erforderlichen Sicherungs- und Pölzungsarbeiten im Gange, so daß es möglich sein wird, dem größeren Teil der Mieter das Beziehen der Wohnungen bald wieder zu gestatten. Die Mieter der in der Nähe des gefährdeten Mauerpfeilers gelegenen Wohnungen werden allerdings bis zur Beendigung der Unterfangung und der endgültigen Instandsetzung anderweitig untergebracht werden müssen.

- - -

### "Kostbare Musikhandschriften"

=====

3. Dezember (RK) Unter dem Titel "Kostbare Musikhandschriften" bietet die Wiener Stadtbibliothek anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens ihrer Musiksammlung eine Auswahl der in den letzten fünf Jahren erworbenen Notenautographe.

Die vom 5. Dezember 1955 bis 7. Jänner 1956 im Lesesaal der Stadtbibliothek, Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 333, zur Schau gestellten Handschriften reichen von der Wiener Vorklassik (Wagen-seil, Salieri) über Schubert und seine Zeitgenossen, Liszt und Vertreter der Wiener Romantik und Nachromantik bis ins zwanzigste Jahrhundert, das mit Partituren von Mahler, Schmidt, Webern und bekannten lebenden Wiener Komponisten eindrucksvoll vertreten ist. Daneben fehlen auch nicht die Wiener Meister der leichten Muse von Lanner, Strauß Vater und Sohn, Suppé bis Fall und Eysler. Die

./.

Ausstellung, die wochentags von 9 bis 18 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr, frei zugänglich ist, vermittelt auf gedrängtem Raum nicht nur eine eindrucksvolle Vorstellung von den reichen Manuskriptschätzen der Stadtbibliothek, sondern auch einen anschaulichen Querschnitt durch zwei Jahrhunderte Wiener Musikschaffens.

- - -

Öffentliche Einsichtnahme in den Voranschlag 1956

=====

3. Dezember (RK) Von Mittwoch, den 7. Dezember, bis einschließlich Dienstag, den 13. Dezember, wird der Entwurf des Voranschlages der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1956 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Die Auflegung erfolgt innerhalb der Amtsstunden in der Magistratsabteilung 5, Wien 1, Neues Rathaus, 2. Stock, Tür 451, wo allfällige Erinnerungen der Gemeindemitglieder zu Protokoll genommen werden.

- - -